

**ANFRAGE** von Barbara Günthard Fitze (EVP, Winterthur), Mark Wisskirchen (EVP, Kloten) und Walter Meier (EVP, Uster)

betreffend Umsetzung der 5. Ferienwoche und Umkleidezeit in der Pflege

---

Erfreulicherweise hat der Regierungsrat für alle Angestellten bis 50 die 5. Ferienwoche bewilligt und den übrigen Mitarbeitenden die 2 Tage zwischen Weihnachten und Neujahr als Ferientage bewilligt.

Nun ist es so, dass in vielen Abteilungen Kompensationen vorausgesetzt werden, damit die Umsetzung überhaupt realisiert werden kann. Bei allen Berufsgruppen mit Schichtbetrieben, wie z.B. in der Pflege oder der Polizei, ist dies aber nicht möglich.

Weiter wird zur Umsetzung der Umkleidezeit als Arbeitszeit, wie diese auch umgesetzt werden wird, der Zeitbedarf steigen, und damit auch indirekt die Anzahl der Stellen. Die Spitäler sind unter Druck mit ihren Budgets und sind aktuell nicht oder wenig gewillt, für die 5. Ferienwoche und die Umkleidezeit das dafür dringend benötigte Personal einzustellen.

Mit dem Entscheid des Regierungsrates und der inkonsequenten Umsetzung steigt die Unzufriedenheit des Pflegepersonals massiv. Sie müssen durch die Zeitkompensation laufend mehr Aufgaben übernehmen und diese in noch weniger Zeit in bester Sorgfalt erfüllen. Damit wird auch die Qualität der pflegerischen Versorgung zunehmend in Frage gestellt.

Wir bitten den Regierungsrat um Beantwortung der nachfolgenden Fragen

1. In welcher Form ist der Regierungsrat bereit, die Budgets für die kantonalen Spitäler (Universitätsspital Zürich, Integrierte Psychiatrie Winterthur, Psych. Universitätsklinik Zürich, Kantonsspital Winterthur usw.) zu erhöhen?
2. Was sieht der Regierungsrat vor, um das Pflegepersonal adäquat zu entlasten?
3. Wie werden in anderen Bereichen und Berufsgattungen mit Schichtbetrieb, z.B. bei der Kantonspolizei, die 5. Ferienwoche und die zusätzlichen Freitage umgesetzt?
4. Die Finanzierungsfrage der 5. Ferienwoche und der Umkleidezeit als Arbeitszeit treibt auch die weiteren Listenspitäler und Langzeitinstitutionen im Kanton Zürich um, welche nicht vom Kanton mitfinanziert werden. Wie sieht diesbezüglich die regierungsrätliche Haltung im Sinne des Marktverhaltens im Gesundheitswesen aus?

Barbara Günthard Fitze  
Mark Wisskirchen  
Walter Meier